



MEDIENINFORMATION

Kantonale Volksabstimmung „Ausbau Mittelschule“ und „Vernehmlassung geologische Tiefenlager“: Stellungnahme des Regierungsrates

Das Nidwaldner Stimmvolk hat am 13. Februar 2011 den Objektkredit für den Ausbau der kantonalen Mittelschule bewilligt und der Vernehmlassung des Regierungsrates an den Bundesrat betreffend Sachplanverfahren geologische Tiefenlager zugestimmt. Der Regierungsrat Nidwalden zeigt sich über beide Abstimmungsergebnisse erfreut.

Die Nidwaldner Bevölkerung hat am 13. Februar 2011 den Objektkredit für den Ausbau der kantonalen Mittelschule mit einem Ja-Stimmenanteil von 84.37 Prozent bewilligt. Die Stimmbeteiligung betrug 50.88 Prozent. Die Nidwaldnerinnen und Nidwaldner haben ebenso die Vernehmlassung des Regierungsrates an den Bundesrat betreffend Sachplanverfahren geologische Tiefenlager gutgeheissen. Der Ja-Stimmenanteil betrug 79.74 Prozent, die Stimmbeteiligung lag bei 50.76 Prozent. Der Regierungsrat Nidwalden begrüsst beide Abstimmungsergebnisse.

Regierungsrat begrüsst „Ja“ zu zeitgemäsem Bildungsangebot

Der Regierungsrat freut sich über das Abstimmungsergebnis betreffend die Bewilligung eines Objektkredits für den Ausbau der kantonalen Mittelschule. Mit dem Objektkredit in der Höhe von 15.25 Mio. Franken wird ein Ersatzbau für den Philosophentrakt erstellt und die bestehende Schulanlage optimiert. Das Bauvorhaben beseitigt primär die akute Raumnot im Bereich der Naturwissenschaften. Der Ausbau stellt den Bildungsauftrag und Lehrplan sicher. Die vom Bundesrat und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren geforderte Qualität im naturwissenschaftlichen Unterricht wird garantiert.

Mit dem Neubau entsteht eine betrieblich optimierte Anlage. Die Anlage zeichnet sich durch kurze Wege und eine hohe Nutzungsflexibilität aus. Ein Vergleich mit anderen Schulhausbauten zeigt, dass das Ausbauprojekt kostengünstig und angemessen ist. Die geplanten Baumassnahmen schliessen, mindestens mittelfristig die Sanierung der Mittelschulanlagen ab.

Nidwaldner Regierung sieht sich in ihrer Wellenberg-Politik bestätigt

Der Regierungsrat freut sich über das Ergebnis zur Vorlage „Vernehmlassung des Regierungsrates an den Bundesrat betreffend Sachplanverfahren geologische Tiefenlager“ und sieht sich in seiner Politik bestätigt. Der Entscheid des Nidwaldner Stimmvolks bestärkt den Antrag des Regierungsrates an den Bundesrat, den Wellenberg als möglichen Standort für ein geologisches Tiefenlager aus der Liste der Feststellungen zu streichen. Nach Ansicht der Nidwaldner Regierung soll kein Objektblatt im Sinne des Sachplans geologische Tiefenlager für das Standortgebiet Wellenberg erstellt beziehungsweise dieses nicht genehmigt werden.

Der Regierungsrat stützt sich in seiner Vernehmlassung vom 25. November 2010 vorwiegend auf geologisch-sicherheitstechnische Gründe: Eine von ihm in Auftrag gegebene Studie zeigte auf, dass der Wellenberg einen geologisch komplexen Untergrund und ungünstige Explorationsverhältnisse besitzt. Der Wellenberg lässt die Prognostizierbarkeit zukünftiger Prozesse nur bedingt zu. Die Regierung verweist in ihrer Vernehmlassung weiter auf eine Verletzung von Treu und Glauben. Der Bundesrat hat in Beantwortung eines Vorstosses eines Bundesparlamentariers im Jahr 2003 ausdrücklich ausgeführt, dass es im Wellenberg kein geologisches Tiefenlager geben werde. Der Regierungsrat äussert zuhanden des Bundesrates auch demokratierechtliche Bedenken. Die Nidwaldner Bevölkerung hat sich mit der Abstimmung vom 13. Februar 2011 zum vierten Mal gegen Vorbereitungshandlungen für ein geologisches Tiefenlager im Wellenberg ausgesprochen.

Nachdem bis Ende November 2010 Behörden, Parteien, Organisationen und die Bevölkerung zu den bisher erarbeiteten Resultaten der Etappe 1 des Sachplans geologische Tiefenlager Stellung nehmen konnten, befindet der Bundesrat voraussichtlich im Herbst 2011 darüber, welche der vorgeschlagenen Standortgebiete in Etappe 2 weiterverfolgt werden sollen.

Weitere Informationen zu den kantonalen Abstimmungen sind auffindbar unter: www.nw.ch

RÜCKFRAGEN

Regierungsrat Hans Wicki, Baudirektor, Telefon 041 618 79 09, 14-15 Uhr

Stans, 13. Februar 2011